



E3G

BRIEFING PAPER JULI 2023

DEUTSCHE KLIMAAUSSENPOLITIK IN DER POLYKRISE

EMPFEHLUNGEN FÜR STRATEGISCHE PRIORITÄTEN IN DIESER LEGISLATUR- PERIODE

JULE KÖNNEKE & STEFFEN MENZEL

Das Krisenmanagement der Industriestaaten der letzten Jahre birgt das Risiko, geopolitische Verwerfungen und Spannungen in der Polykrise zu verstärken. Um die eigenen geo-, sicherheits- und außenpolitischen Kerninteressen langfristig zu wahren, muss sich Deutschland sowohl für ein stabiles und gerechtes multilaterales System mit gemeinsamen globalen Zielen engagieren als auch für strategische, für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaften mit Ländern aus dem Globalen Süden. Eine ambitionierte und kohärente Klimaaußenpolitik ermöglicht es der Bundesregierung, einen entscheidenden Beitrag zum umfassenden Management der Mehrfachkrisen zu leisten. Dieses Briefing skizziert Schlüsselbereiche, in denen deutsche Klimaaußenpolitik einen echten Unterschied machen kann und zeigt, welche Maßnahmen bis zum Ende der Legislaturperiode notwendig sind.

Geo- und sicherheitspolitische Herausforderung Polykrise

Die Welt steckt tief in der „Polykrise“: miteinander verwobene wirtschaftliche, energie-, sicherheits- und geopolitische Schocks treffen Gesellschaften, die mit Inflation und den Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie kämpfen und auch die



E3G

Weltfinanzkrise noch nicht vollständig überwunden haben. Immer mehr Menschen leiden unter den zunehmend katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels. Welthandel und -wirtschaft werden gebremst durch die Effekte des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Der Krieg hat auch die globale Sicherheitsarchitektur nachhaltig und drastisch verändert. In einer internationalen Gemeinschaft, die ihre alte Weltordnung verloren und noch keine neue gefunden hat, stehen nun die staatlichen und wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeiten unter Stress. Ungleichgewichte und politische Gräben zwischen und innerhalb von Staaten verstärken sich.

Der Komplexität der Polykrise angemessen zu begegnen, heißt für Deutschland und andere Industrieländer auch, die aktuelle dysfunktionale Nord-Süd-Geopolitik zu überwinden. Die Basis für eine stabile und sichere neue Weltordnung liegt in der Integration der Schwellen- und Entwicklungsländer auf Augenhöhe. Vielen Ländern fehlen weiterhin Investitionen in Wachstum und Entwicklung sowie die Teilhabe an Welthandel und Wertschöpfung. Sie benötigen eine sichere und saubere Energieversorgung sowie eine massive Mobilisierung von Finanzierung für Klimaschutz und Resilienz.

Investitionen in Wachstum und Entwicklung sichern und Teilhabe an Handel und Wertschöpfung ermöglichen

In vielen Schwellen- und Entwicklungsländern hemmen steigende Verschuldung und begrenzter Zugang zu Investitionsfinanzierung Wachstum und gefährden Investitionen in öffentliche Güter. Äußere Schocks, Krisen und Katastrophen drohen viele Staaten in ihrer Entwicklung zurückzuwerfen. Die bestehende Architektur der internationalen Finanzinstitutionen und Entwicklungsfinanzierung wird diesen Herausforderungen nicht mehr gerecht und bedarf grundlegender Reformen.¹

Die aktuelle Handels- und Industriepolitik der Industrieländer zum Schutz vor weiteren Schocks wird in vielen Teilen der Welt als eigennützig wahrgenommen. Die politischen Handlungen, um die ökonomischen und sozialen Erschütterungen in reicheren Ländern abzufedern, drohen negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Schwellen- und Entwicklungsländer zu haben, die sich keine entsprechenden Maßnahmenpakete leisten können. Gleichzeitig bietet die globale Energiewende Ländern Chancen, die über wichtige Rohstoffvorkommen für den Übergang zu sauberer Energie verfügen: Sie

¹ E3G (2023): **Paris Summit Roadmap Raises Expectations for Finance System Transformation**; auch E3G, Center for Strategic and International Studies (2022): **A Roadmap for World Bank Group Evolution**



E3G

eröffnet neue Möglichkeiten für einen fairen Zugang zu Handel und Investitionen auf den wachsenden Weltmärkten für saubere Technologien und dafür, in der Wertschöpfungskette aufzusteigen. Ein Subventionswettbewerb in Schlüsselsektoren der grünen Technologien, ausgelöst durch den US *Inflation Reduction Act*², den EU *Green Deal Industrial Plan* sowie die chinesische Industriepolitik, würde diese Aussicht jedoch trüben.

Sichere und saubere Energieversorgung weltweit gewährleisten

Die weltweiten Öl- und Gaspreise sind infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine stark angestiegen. Neben den direkten Preiseffekten leiden ärmere Länder zusätzlich unter wirtschaftlichen Wettbewerbsnachteilen. Der zunehmende Einkauf der EU auf den globalen Märkten für Flüssigerdgas (LNG) gefährdet die Versorgung vieler Schwellenländer mit Gas. Teilweise führt dies zu einem Anstieg des Kohleverbrauchs³ und der Treibhausgasemissionen. Auch die Investitionsprogramme für erneuerbare Energien in den USA, der EU und China ziehen steigende Preise für kritische Rohstoffe⁴ nach sich und erschweren vielen Schwellen- und Entwicklungsländern den Zugang zu kostengünstiger Energie für ihre Entwicklung zusätzlich.

Finanzierung für Klimaschutz und Resilienz mobilisieren

Die aktuelle Dekade ist entscheidend für die Eindämmung der Klimakrise. Dass nationale Klimabeiträge (NDCs) die 1,5-°C-Obergrenze endgültig außer Reichweite rücken, ist wahrscheinlich. Tritt dieses Szenario ein, würde es zu Spannungen mit Entwicklungsländern, insbesondere der Gruppe der besonders vom Klimawandel bedrohten Länder, führen. China und weitere aufstrebende Volkswirtschaften weisen die Verantwortung für Klimaschutz von sich und lenken die Aufmerksamkeit auf Versäumnisse der Industrieländer bei Emissionsminderung und Finanzierungszusagen. Deshalb ist die erkennbare und substanzielle Unterstützung bei der Mobilisierung von Investitionen für die Transformation in Schwellen- und Entwicklungsländern sowie finanzielle Mittel für Anpassung, Verluste und Schäden (*Loss & Damage*, L&D) zwingend notwendig, um eine „Koalition der Ambitionierten“ zwischen klimapolitisch progressiven Industrieländern und vom Klimawandel bedrohten Ländern wiederherzustellen.

² E3G, adelphi, Transatlantic Climate Bridge (2022): **The Inflation Reduction Act & the EU: The Need to Strengthen the Transatlantic Trade Relationship**

³ Internationale Energieagentur (2022): **Coal 2022: Analysis and Forecast to 2025**

⁴ Internationale Energieagentur (2022): **World Energy Investment 2023**



E3G

Geo- und sicherheitspolitischen Risiken umfassend begegnen

Akutes Krisenmanagement und ein auf Schutz und Resilienz der eigenen Volkswirtschaften beschränkter Fokus der Industriestaaten begegnen den komplexen systemischen Ursachen der Polykrise nicht. Sie bergen hingegen das Risiko⁵, die geopolitischen Verwerfungen und Spannungen langfristig weiter zu verstärken. Deutschland und die EU⁶ brauchen im eigenen geo- und sicherheitspolitischen Interesse eine konsistente außenpolitische Strategie, die Facetten der Sicherheits- und Klimapolitik, Energiesicherheit, Außenwirtschaft, Finanzpolitik und Entwicklungszusammenarbeit integriert.

Im globalen Machtkampf zwischen Westen und China verzichten Schwellen- und Entwicklungsländer selbstbewusst darauf, sich auf die eine oder andere zu Seite stellen. Um Deutschlands eigene Interessen langfristig zu wahren, muss sich die Bundesregierung für ein stabiles und gerechtes multilaterales System mit gemeinsamen globalen Zielen engagieren. Dazu gehört auch, in strategische, für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaften mit Ländern aus dem globalen Süden zu investieren.

Deutsche Klimaaußenpolitik als Beitrag zum Management der Polykrise

Das Scheitern des derzeitigen fragmentierten globalen Systems an der Polykrise zeigt sich deutlich an der unzureichenden Reaktion auf gemeinsame existenzielle globale Herausforderungen. Es ist in Deutschlands nationalem Interesse, die kurz- und langfristige Bewältigung der Mehrfachkrisen sicherzustellen und der Verschärfung der bestehenden Spannungen entgegenzuwirken. Eine außenpolitische Strategie⁷ muss die geopolitischen Risikofaktoren navigieren und Sicherheits- und Klimapolitik, Energiesicherheit, Außenwirtschaft, Finanzpolitik und Entwicklungszusammenarbeit ganzheitlich integrieren. An dieser Schnittstelle kann Klimaaußenpolitik einen maßgeblichen Beitrag zur Wahrung der deutschen geo-, sicherheits-, wirtschafts- und außenpolitischen Interessen leisten.

Die blockierte politische Lage in den USA, ein nach dem Brexit richtungsloses Vereinigtes Königreich und die zunehmend gespaltene EU sorgen für ein globales Verantwortungsvakuum. Deutschland kommt in dieser Situation eine besondere

⁵ E3G (2023): **From Emergency Response to Delivering Security: A Way Forward for 2023**

⁶ E3G (2022): **European Green Deal Diplomacy Shaping A Global Clean Economy**

⁷ E3G (2022): **German Climate Foreign Policy: Towards a „New Paradigm for Climate and Development“**



E3G

Aufgabe zu, der es aufgrund seines besonderen Profils in der internationalen Zusammenarbeit und seiner spezifischen Stärken gerecht werden kann:

- > Globaler Brückenbauer, starkes Engagement in geopolitischen Gremien G7, G20, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), und Verfechter des Multilateralismus
- > Wirtschaftsmacht mit hoher Technologie- und Innovationskapazität, Gestalter der EU-Märkte und -Standards und weltweit führend in der Energiewende
- > Führend in der Klima- und Entwicklungsfinanzierung mit starker Präsenz in vielen Ländern des globalen Südens durch Entwicklungszusammenarbeit

Mit ihrem Zielbild einer ambitionierten und kohärenten Klimaaußenpolitik ist die Bundesregierung gut aufgestellt, einen Weg durch die aktuellen geopolitischen Verwerfungen und Spannungen und ihren Risiken für die internationale Klimapolitik zu weisen. Klimaaußenpolitik aus einem Guss bietet eine außerordentliche Chance, die Kräfte der Bundesregierung strategisch zu bündeln. Außerdem kann ein entschlossenes und kohärentes Vorgehen in den Bereichen globale Energiewende, internationale Finanzarchitektur, Welthandel, Resilienz und Klimaschutz einen entscheidenden Beitrag zur Minderung sicherheits- und geopolitischer Risiken leisten. Eine entsprechend integrativ ausgestaltete Klimaaußenpolitik kann neue Formen der Zusammenarbeit umsetzen und den Wohlstand und die Sicherheit Deutschlands sowie seiner Partner wahren.

In vier Schlüsselbereichen kann die Bundesregierung in der aktuellen Legislaturperiode einen entscheidenden Beitrag zum umfassenden und nachhaltigen Management der Polykrise leisten:

1. Energiesicherheit und globale Energiewende
2. Internationale Kooperation und Partnerschaften
3. Deutschland in der EU
4. Globale Sicherheit und Solidarität

Die verbleibenden zwei Jahre der aktuellen Legislaturperiode sind kritisch - sowohl für den Kampf gegen den Klimawandel als auch für den Aufbau einer breiten Unterstützung für eine gerechte und sichere globale Ordnung. Liefert die



E3G

Bundesregierung im Rahmen einer kohärenten Klimaaußenpolitik in den vier Schlüsselbereichen entschlossen, umfassend, konsistent und über Einzelmaßnahmen hinausgehend, sendet sie ein klares Signal, dass Deutschland zuverlässig und verantwortungsvoll an der Seite seiner Partner steht.

Voraussetzung dafür ist jedoch auch, dass die Bundesregierung mit gutem Beispiel vorangeht. Die ernüchternde nationale klimapolitische Bilanz der letzten Monate gefährdet Deutschlands Glaubwürdigkeit⁸. Um die Wirkmächtigkeit der deutschen Klimadiplomatie zu gewährleisten, muss die Bundesregierung ihre internationale Politik mit hohen Standards bei der Energiewende in Deutschland und der EU untermauern und diese zuverlässig einhalten.

Im Folgenden werden die in den kommenden Monaten nötigen konkreten Initiativen und Beiträge von Deutschland erläutert:

Handlungsempfehlungen

Tabelle 1. Handlungsempfehlungen für erfolgreiche Klimaaußenpolitik aus einem Guss bis zum Ende der Legislaturperiode.

Energiesicherheit und globale Energiewende
<p>Die Bundesregierung gewährleistet Energiesicherheit für sich und Deutschlands Partner in der neuen Geopolitik der globalen Energiewende durch die kohärente Gestaltung von Klima- und Energieaußenpolitik.</p> <ul style="list-style-type: none">> Um die Volatilität der globalen Öl⁹- und Gasmärkte¹⁰ zu reduzieren und die staatliche und globale Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber autoritären Öl- und Gasproduzenten zu erhalten, sollte die Bundesregierung ihre Energiediplomatie konsequent auf Klimaneutralität ausrichten. Dadurch kann sie nicht nur ihre internationale Glaubwürdigkeit als vertrauenswürdiger Partner wiederherstellen, sondern auch ihre Position als globaler Vorreiter bei der Energiewende festigen.> Die Bundesregierung sollte ihre strategischen Optionen für Partnerschaften erweitern und stärken, indem sie nicht-fossile Entwicklungspfade unterstützt. Angesichts der anhaltenden Volatilität und Knappheit der globalen Gasmärkte

⁸ Economist (2023): **Germany is Letting a Domestic Squabble Pollute Europe's Green Ambitions: A Fight Over Cars Turns Ugly**

⁹ Weltbank (2022): **Oil Prices Remain Volatile Amid Demand Pessimism and Constrained Supply**; auch Weltbank (2023): **Commodity Markets Outlook: Lower Prices, Little Relief**

¹⁰ Weltbank (2022): **Bubble Trouble: What's Behind the Highs and Lows of Natural Gas Markets?**



E3G

und der klimapolitischen Notwendigkeit, die globale Gasnachfrage schon in diesem Jahrzehnt nachhaltig zu senken¹¹, sollte die Bundesregierung ihrer Energiebeziehungen auf das Ziel ausrichten, die globale Gasnachfrage schnell zu reduzieren. Hierbei sollte Deutschland insbesondere Partnerschaften mit Gasproduzenten aufsetzen, die ihre eigenen Klimaziele durch das Herunterfahren ineffizienter Gaserzeugung im eigenen Land vorantreiben können (z.B. durch erneuerbare Energien und die Verringerung der Methanemissionen in Gasförderung und -transport). Ägypten, Algerien, Indonesien, Golfstaaten sind hier Schlüsselländer.

- > Die bereits erzielten Fortschritte bei der Energiewende in Deutschland sowie ehrgeizige Pläne zur zukünftigen Reduktion der Gasnachfrage, zum Kohleausstieg, und massiven Ausbau erneuerbarer Energien müssen die notwendige Grundlage für diese Strategie bilden. Außerdem sollte die Bundesregierung den Beitritt der EU zur Powering Past Coal Allianz als „Non-Declaration Mitglied“ vorantreiben. Dies wäre ein wichtiges Signal dafür, dass der Kohleausstieg europaweit trotz Krieg und Energiekrise voranschreitet. Zuverlässigkeit bei der eigenen Energiewende verleiht Deutschland und der EU die nötige Glaubwürdigkeit, sich auch für die globale grüne Transformation einzusetzen.
- > Die Bundesregierung sollte schließlich auch international besser über die nationale Energiewende kommunizieren: Deutschland kann weltweit seine eigene Geschichte vermitteln, wie es durch das Senken des Gas- und Kohleverbrauchs und den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz mehr Energiesicherheit erreicht. Das ist besonders gegenüber großen Emittenten wie China wichtig. Schließlich vergleicht und legitimiert China seinen Kohleausbau gerne mit deutschen Überbrückungsmaßnahmen.

Die Bundesregierung führt die internationale Gemeinschaft in Richtung des Ausstiegs aus fossilen Energieträgern, des Ausbaus erneuerbarer Energien sowie der Steigerung der Energieeffizienz gemäß den 1,5-°C-Szenarien der Internationalen Energieagentur (IEA) und der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA), insbesondere in den multilateralen Foren G7, G20 und in den Vereinten Nationen.

- > Als internationaler Brückenbauer sollte die Bundesregierung gemeinsam mit der EU eine breite Unterstützer-Koalition für globale Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien und Energieeffizienz sowie für einen breiten Ausstieg aus fossilen Brennstoffen vor der 28. Weltklimakonferenz (COP28) bilden. Es ist von besonderer Bedeutung, China als weltweit größten Treibhausgasemittenten mit ins Boot zu holen. Um den Weg dafür zu ebnen, sollte sich Bundeskanzler Scholz für eine gemeinsame Position der EU zum Ausbau erneuerbarer Energien und

¹¹ Internationale Energieagentur (2021): **Natural Gas Demand by Scenario, 2010-2030**



E3G

einer öffentlichen Verpflichtung dazu auf dem Spanien-IEA-Gipfel im Oktober 2023 einsetzen. Gleichzeitig muss die gesamte Bundesregierung klare Worte zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen finden und sich diesbezüglich international für eine ambitionierte Formulierung im Rahmen der G7 und der Klimakonferenzen einsetzen.

- > Aufbauend auf der globalen Zielsetzung sollte die Bundesregierung mit ihren Mitteln Sorge tragen, dass in unterschiedlichen Weltregionen reale Fortschritte gemacht werden. Dies sollte Deutschland unter anderem durch die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unterstützen, insbesondere durch Wissenstransfer, Kapazitätsaufbau, Finanzierung und Technologietransfer. Ein Großteil der neuen Investitionen in erneuerbare Energien muss zudem in Nicht-OECD-Ländern mit immensen Kapitalkosten getätigt werden. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass die Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie der Ausstieg aus fossilen Energien durch die Reform der globalen Architektur der Klima- und Entwicklungsfinanzierung und neue zusätzliche Finanzierung untermauert werden. So können ärmere Länder ausreichend Unterstützung für die Bewältigung des Übergangs zu sauberer Energie bekommen.
- > Gleichzeitig sollte Bundeskanzler Scholz die LNG-Expansion und das Drängen auf Upstream-Erweiterung und öffentliche Finanzierung für fossile Brennstoffe im Ausland beenden. Andernfalls werden falsche Signale gesendet, globale Partner hinsichtlich Deutschlands nationaler Energiewende verunsichert und wertvolle öffentliche Mittel gebunden¹², die für den Übergang zu sauberer Energie benötigt werden. Der Schwerpunkt sollte stattdessen darauf liegen, die Partner in die Lage zu versetzen, die Gasnachfrage dauerhaft zu senken.

Die Bundesregierung positioniert sich in ihrer „Carbon Management Strategie“ (Management von CO₂) eindeutig und einstimmig entlang wirtschaftlicher und naturwissenschaftlicher Plausibilität gegen Kohlenstoffabscheidung (, -nutzung) und -speicherung (Carbon Capture, (Utilisation) and Storage, CC(U)S) als Optionen für Treibhausgasminde rung im Energiesektor. Sie befürwortet CC(U)S grundsätzlich nur in Ausnahmefällen, beispielsweise für Negativemissionen im Rahmen von 1,5-°C-Pfaden.¹³

- > Die Bundesregierung muss ihre Position in der „Carbon-Management-Strategie“ und den damit verbundenen EU- und internationalen Prozessen auf fundierte wissenschaftliche und wirtschaftliche Erkenntnisse stützen. Das heißt eine klare

¹² New Climate Institute (2023): **Deutsche LNG-Ausbaupläne führen zu Überkapazität und gefährden Klimaschutzziele. Review und klimapolitische Einordnung der aktuellen Studienlage**

¹³ E3G (2022): **Making Carbon Capture Work. A Framework to Facilitate High-Value Uses in the EU**; auch Climate Action Tracker (2023): **Countdown to COP28: Time for world to focus on oil and gas phase-out, renewables target – not distractions like CCS**



E3G

Unterscheidung zwischen Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS); Anwendungen zur Kohlenstoffabscheidung und -nutzung (CCU) und zur Entfernung von Kohlendioxid (*Carbon Dioxide Removal*, CDR) sowie die jeweiligen unterschiedlichen Beiträge für den Klimaschutz. Der Einsatz von Technologien zum Carbon Management spielt beim Übergang zur Klimaneutralität eine untergeordnete Rolle und sollte prioritär dort stattfinden, wo es nur wenige alternative Möglichkeiten zur Reduzierung gibt und gleichzeitig langfristig negative Emissionen erzielt werden können.

- > Carbon Management Technologien können keine Weiternutzung von fossilen Brennstoffen begründen. Eine Carbon Management Strategie sollte mit einem klaren Bekenntnis zur Dekarbonisierung der gesamten Wirtschaft einhergehen. Kritische Elemente, die so klar wie möglich definiert werden müssen, sind die Festlegung hoher Standards und Leitplanken, einschließlich der Bilanzierung und Berichterstattung von Emissionen über den gesamten Lebenszyklus, eine zeitliche Bindung etwaiger öffentlicher Unterstützung, die Anwendung des Verursacherprinzips sowie die Einordnung der Rolle des Öl- und Gassektors als Speicher-, Infrastruktur- und Technologieanbieter.
- > Die Bundesregierung sollte ihr Verständnis von Carbon Management international kommunizieren und dabei auf ihren eigenen nationalen Erfahrungen und Strategien aufbauen. So kann sie sicherstellen, dass der globale Einsatz von Carbon Management Technologien sowohl begrenzt wird und dort angewandt, wo er zu echten Klimaschutzvorteilen führt. Andere Staaten schauen auf den Technologie- und Industriestandort Deutschland, um sich an seinem Beispiel zu orientieren.

Internationale Kooperation und Partnerschaften

Die Bundesregierung nutzt ihre bilateralen Partnerschaften strategisch über die relevanten Ressorts und Fachbereiche hinweg durch kohärente und systematische Ansätze, Partnerauswahl und Umsetzung.

- > Bestehende Partnerschaften sollten auf Kohärenz im Hinblick auf Ziele, Einsatz finanzieller Mittel, Auswahl der Partner, Verantwortlichkeiten und Kommunikation geprüft werden. Aufbauend auf einer Bestandsaufnahme sollten „Team Deutschland“ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Auswärtiges Amt (AA), Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)) und das Bundeskanzleramt unter Federführung des AA gemeinsame Kriterien für Partnerschaften definieren. Gegebenenfalls müssen Partnerschaften neu ausgerichtet werden.



E3G

- > Bundesressorts sollten auf Alleingänge, wie durch das Bundeskanzleramt im Fall neuer Gasprojekte im Senegal, verzichten und ihr internationales Auftreten und Handeln an den identifizierten Kriterien ausrichten. Eine Zusammenarbeit darf sich nicht auf die Sicherung von Rohstoffen beschränken, sondern muss Angebote enthalten, die auf den Entwicklungsprioritäten der Partner basieren. Eine wachsende Clean-Tech-Industrie in Entwicklungsländern wird nicht nur Deutschland, der EU und ihren Partnern helfen, ihre Lieferketten zu diversifizieren. Sie wird auch wirtschaftliche Anreize bieten, um den Übergang zum Klimaschutz zu beschleunigen und die Unterstützung für ehrgeizigere Klimaschutzziele zu sichern.

Die Bundesregierung führt gemeinsam mit den Partnerregierungen die vereinbarten Just Energy Transition Partnerships (JETPs) mit Südafrika, Indonesien und Vietnam erfolgreich in die Umsetzung und baut dadurch Vertrauen in eine solidarisch finanzierte globale Transformation auf.

- > Die Vereinbarungen der JETPs stellen bedeutende Meilensteine im internationalen Klimaschutz dar, da sie mit ihrem passgenauen Ansatz sowohl koordinierte öffentliche als auch private Klimafinanzierung mit sektorspezifischer nationaler Politik verbinden. Die Bundesregierung sollte Deutschlands politisches Gewicht, und seine engen klima- und entwicklungspolitischen Kooperationen nutzen, um sicherzustellen, dass die mit Südafrika, Indonesien, Vietnam und Senegal vereinbarten JETPs erfolgreich umgesetzt werden. Den länderspezifischen Herausforderungen muss kurzfristig auf politischer und technischer Ebene begegnet und die nationalen Umstände der Politikumsetzung gezielt in den Blick genommen werden. Ein Scheitern der JETPs könnte das bereits schwache Vertrauen in die internationale Klimafinanzierung der Geberländer weiter erodieren.
- > Die Bundesregierung sollte eine Initiative zur zukünftigen Ausweitung des gezielten und koordinierten Länder- und Sektorenansatzes pluri- und multilateraler Klimafinanzierung anführen. Dabei ist es wichtig, aus den Vereinbarungen und der Umsetzung der bisherigen JETPs zu lernen und zu definieren, welche Bestandteile essenziell sind und welche bislang fehlen. Das Ziel sollte ein hochskaliertes Modell sein, das für unterschiedliche Länder und Sektoren offen ist und in die internationale Finanzarchitektur integriert ist. Dieses Modell sollte von den multilateralen Entwicklungsbanken getragen werden. Es ist auch wichtig, diese Initiative mit den aktuellen Reformagenden zur globalen Finanzarchitektur zu verknüpfen.
- > Deutschland sollte sich im Kreis der internationalen Partner für Klima- und Entwicklung dafür einsetzen, dass die Prinzipien von Busan („Ownership,



E3G

Alignment, Harmonisation, Managing for Results, Mutual Accountability“) wiederbelebt werden.

Die Bundesregierung setzt gemeinsam mit ihren Partnern im Klimaclub ehrgeizige Standards in der Industriedekarbonisierung, um Konflikte zu vermeiden und den Hochlauf klimafreundlicher Technologien zu fördern.

- > Damit der Klimaclub als neue Initiative zur Dekarbonisierung der Industrie über Dialogformate hinausgehenden Mehrwert erzielen kann, sollte das BMWK sicherstellen, dass der Klimaclub bis zur COP28 in der Lage ist, die Umsetzung durch einige zügige Erfolge zu demonstrieren. BMWK und Bundeskanzleramt sollten mit der Industrie an einem Strang ziehen, um im Klimaclub eine Einigung auf ehrgeizige gemeinsame Standards zu erreichen.
- > Das BMWK sollte gewährleisten, dass der Klimaclub inklusiv ist und dass die dritte Säule des Klimaclubs (Kooperation und Partnerschaften) Substanz hat. Dies bedeutet, ein glaubwürdiges und transformatives Angebot für Schwellen- und Entwicklungsländer zu schaffen, das Elemente zur technischen Zusammenarbeit und Kapazitätsunterstützung, Übergangsförderung und gerechteren Zugang zu sauberen Technologien enthält.
- > AA/BMZ/BMUV sollten die Ausgestaltung des Klimaclubs konstruktiv mitgestalten, indem sie ihn in ihren Aktivitäten proaktiv mitdenken¹⁴.

Deutschland in der EU

Die Bundesregierung vereint die EU hinter einer kohärenten Handels- und Industriepolitik im Sinne des Green Deal, einschließlich der Lieferketten für kritische Rohstoffe oder Wasserstoff.

- > Bei der Bewältigung der geoökonomischen Rivalität, die durch die industriepolitischen Vorstöße der USA und der EU ausgelöst wurde, spielt Deutschland eine entscheidende Rolle. Die Bundesregierung sollte sich klar dafür positionieren, dass die EU ein attraktives und glaubwürdiges Angebot¹⁵ an Schwellen- und Entwicklungsländer macht, das sich auf saubere Energie und die Zusammenarbeit bei der industriellen Dekarbonisierung konzentriert und die Befürchtungen ausräumt, in einem globalen Subventionswettbewerb zwischen der EU, den USA und China zwischen die Räder zu geraten. Gleichzeitig muss Deutschland aktiv dazu beitragen, dass auch innerhalb der EU gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen und die finanziellen Spielräume

¹⁴ E3G (2022): **Can Climate Clubs Accelerate Industrial Decarbonisation? Towards More International Cooperation in the Decarbonisation of Heavy Industry**

¹⁵ E3G (2023): **A European Green Deal Diplomacy Toolbox: Partnerships to Shape the Global Clean Economy Transition**



E3G

finanzschwächerer Mitgliedsstaaten gestärkt werden, damit auch in diesen grüne Innovationen und Wertschöpfungsketten entstehen.

- > Der Critical Raw Minerals (CRM) Act und der Net Zero Industry Act (NZIA) sollten ein kohärentes Angebot für Drittländer beinhalten, in die Wertschöpfungsketten für saubere Technologien einsteigen zu können. Ein Diversifizierungsziel im Rahmen des NZIA könnte die Zusammenarbeit mit Drittländern erleichtern, die über neue Clean Tech/Net-Zero-Industriepartnerschaften vorangetrieben und durch Mittel aus dem Global Gateway und den internationalen Entwicklungsbudgets der EU und der Mitgliedstaaten unterstützt werden.
- > Deutschland sollte seine ökonomischen und diplomatischen Bindungen zu Ländern in Mittel- und Osteuropa stärker nutzen, um die Unterstützung für den European Green Deal und eine ambitionierte post-2030 Klima- und Energiepolitik in der EU sicherzustellen. Dies gilt insbesondere im Kontext der polnischen und ungarischen EU-Ratspräsidentschaften 2024/2025.

Die Bundesregierung unterstützt die neue EU-Kommission bei der Entwicklung einer ehrgeizigen Green Deal Außenpolitik, im Einklang mit deutscher Klimaaußenpolitik.

- > Das „Team Deutschland“, insbesondere das AA sollte die EU-Ebene bei der Entwicklung und Umsetzung der Klimaaußenpolitik-Strategie konsequent berücksichtigen und strategisch mitdenken. Das AA sollte Outreach-Aktivitäten eng mit anderen Mitgliedsstaaten und dem European External Action Service (EEAS) abstimmen, um Synergien strategisch zu nutzen.
- > Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass die Außenpolitik des EU Green Deal den Aufbau lokaler Wertschöpfung in Ländern des Globalen Südens, die z.B. bei kritischen Rohstoffen über die ersten Stufen der Verarbeitung hinausgehen, ins Zentrum der Partnerschaften rückt. Auf diese Weise können Deutschland und die EU sowohl diversere und robustere Lieferketten aufbauen, um die Energiewende im Inland und global zu untermauern sowie eine volkswirtschaftliche Grundlage dafür schaffen, dass Partnerländer sich von fossilen Abhängigkeiten lösen. Deutschland sollte ein Vorbild sein für andere Länder sein, indem es Partnerschaften auf Augenhöhe, mit gleichwertiger Berücksichtigung der jeweiligen Interessen und auf Basis gegenseitigen Lernens gestaltet.
- > Die EU muss eine ambitionierte eigene Klima- und Energiepolitik vorantreiben, um international glaubwürdig zu sein. Die Bundesregierung darf dies nicht blockieren, wie es kürzlich vermehrt passierte, beispielsweise beim Verbrenner-Aus ab 2035. Für die Europawahl 2024 und die abschließende neue Kommission müssen die hier genannten Themen auf der Agenda bleiben beziehungsweise zu Prioritäten werden.



E3G

Globale Sicherheit und Solidarität

Die Bundesregierung unterstützt auf höchster Ebene die Reform der globalen Finanzarchitektur für Klima- und Entwicklung und trägt zur Nord-Süd-Kooperation zur Vereinbarung konkreter gemeinsamer Ziele bei.

- > Im Nachgang des von Frankreichs Präsident Macron ausgerichteten „Summit for a New Global Financing Pact“ sollte sich Bundeskanzler Scholz weiter für konkrete Fortschritte zur gemeinsamen Gestaltung und Umsetzung einer Reform der internationalen Finanzarchitektur, die Klimaschutz in Schwellen- und Entwicklungsländern ermöglicht, einsetzen. Dafür bedarf es neuer und realer Nord-Süd-Kooperation, für die Deutschland weitere Partner sowohl aus dem globalen Süden als auch von weiteren führenden Industriestaaten gewinnen sollte. Wesentliche Elemente der diskutierten Vorschläge, einschließlich der Bridgetown-Initiative, sind kurz- und langfristige Schuldenerleichterungen, eine Reform der Multilateralen Entwicklungsbanken, sowie die Nutzung von Sonderziehungsrechten und Erschließung innovativer Quellen zur Mobilisierung der nötigen Finanz- und Investitionsmittel. Die Bundesregierung sollte die Einrichtung eines „Global Expert Review on Debt, Nature and Climate“ unterstützen.
- > Alle Investitionen der KfW-Bankengruppe sollten sich an den deutschen Klimazielen orientieren. Das beinhaltet die Beendigung der Förderung fossiler Energieträger, die gezielte Förderung von Speichertechnologien und Wasserstoffelektrolyseuren, den Ausbau der transeuropäischen und innerdeutschen Netze sowie die Förderung erneuerbarer Energien je nach Marktreife. Das Mandat der KfW muss an das deutsche Klimaneutralitätsziel bis 2045 angepasst werden. Dies sollte sich auch in der strategischen Ausrichtung der KfW spiegeln. Um die Unsicherheiten der Transition in ihrer Strategie angemessen zu berücksichtigen, sollte sich die KfW an belastbaren Szenarien orientieren, die sich entweder an Temperaturzielen für die globale Erwärmung oder an Zeitzielen für die Erreichung der Klimaneutralität ausrichten. Bisher hat die KfW ihre Sektorleitlinien auf ein Szenario gestützt, das die erfolgreiche Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,65 °C mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 % modelliert. Angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen und des immer kleiner werdenden Zeitfensters zur Erreichung von 1,5 °C ist dieses Szenario nicht mehr zeitgemäß.
- > Das „Team Deutschland“ sollte sich noch besser koordinieren, um die bilaterale Klimafinanzierung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der Internationalen Klimaschutzinitiative (IKI) strategischer einzusetzen, um die Hebelung von weiterer, auch privater, Klimafinanzierung für grüne Transformationen maßgeblich zu unterstützen und eine transformative Wirkung zu entfalten.



E3G

Die Bundesregierung behandelt die Bedrohung des Klimawandels als höchste Priorität für den Frieden in der Welt und stellt sie in den Mittelpunkt einer präventiven deutschen Sicherheitspolitik, um die geopolitischen Auswirkungen des Klimawandels und der Energiewende zu mildern.

- > Um das erhöhte Krisenrisiko in den heutigen fossilen Energieexportstaaten zu bewältigen und sicherzustellen, dass alle Bevölkerungsgruppen von der Umstellung profitieren können, sollte Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen und eine differenziertere Diskussion mit Exporteuren fossiler Brennstoffe über ihre Umstellungspfade führen, insbesondere mit denjenigen, die von der europäischen Abkehr von fossilen Brennstoffen betroffen sind, z.B. Ägypten, Algerien. Gleichzeitig muss die Bundesregierung erkennen, dass die Nachfrage nach Rohstoffen zu neuen geopolitischen Herausforderungen führen wird und sollte gemeinsam mit seinen Partnern einen präventiven Ansatz entwickeln, der neue Abhängigkeiten vermeidet.
- > Insbesondere der Wettbewerb mit China auf dem Markt für grüne und saubere Technologien ist aufgrund der gleichzeitigen Systemrivalität mit China sicherheitsrelevant. Das beschlossene De-Risking zur Verringerung strategischer Abhängigkeiten muss die Bundesregierung als integralen Bestandteil ihrer Klimaaußenpolitik verstehen. Deutschland kommt eine besondere Rolle und Verantwortung im Austausch mit China zu: Es ist eins der wenigen Länder in Europa und international, dem China zuhört und von dem es lernen möchte. Das sollte die Bundesregierung nutzen, um klare Erwartungen an Chinas Klimapolitik und -ziele zu setzen und Austausch in strategisch wichtigen Bereichen für Chinas Dekarbonisierung zu fördern.
- > Aufbauend auf der nationalen Sicherheitsstrategie sollte der Klimawandel als sicherheitspolitische Herausforderung von höchster Priorität behandelt werden. Das muss in allen weiteren Strategien, Maßnahmen, Finanzierungen und konkreten Zielen widerspiegeln und durch Maßnahmenpläne unterfüttert werden.

Die Bundesregierung treibt die internationale Gemeinschaft voran, um schnelle und adäquate Lösungen für die Bewältigung von Verlusten und Schäden (L&D) zu finden.

- > Die Bundesregierung sollte ein Klimarisiko-Narrativ etablieren, das auf Universalität basiert und davon ausgeht, dass die globale Bewältigung von Verlusten und Schäden im grundsätzlichen Interesse aller liegt. Es ist eine Frage der globalen Gerechtigkeit, Solidarität sowie Sicherheit, Stabilität und des globalen Wohlstands. Hier kann und muss sich Deutschland durch konsistente eigene Politik und konsequentes Handeln als wertegeleiteter Akteur international profilieren. Gerade in der Abgrenzung zum „systemischen Rivalen“ China und anderen autoritären Regimen ist dies wichtig.



E3G

- > Die Bundesregierung sollte zusammen mit der EU auf hochrangiger politischer Ebene eine Führungsrolle beim Finden von Lösungen für L&D, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Vereinten Nationen, einnehmen. Die Bundesregierung sollte ihre Stärke als Koalitionsbilder nutzen, um Differenzen zwischen Staaten abzubauen, und sicherstellen, dass die L&D Finanzarchitektur zügig ausgestaltet wird. Deutschland sollte auch an China und andere große Emittenten wie Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Indien oder finanzstarke Staaten appellieren, zum L&D Fonds beizutragen und durch gezielte Diplomatie mit vulnerablen Staaten eine Koalition aufbauen, die sich hierfür einsetzt. Die Bundesregierung sollte sich zudem für die Erschließung innovativer Finanzierungsquellen für die substantiellen nötigen Finanzmittel für L&D einsetzen.
- > Gemeinsam mit der EU sollte Deutschland weiterhin die Beziehungen zu vom Klimawandel gefährdeten Ländern stärken. Dazu gehört die Einlösung des Versprechens, die 2009 zugesagte jährlich mobilisierte internationale Klimafinanzierung in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar bis zur COP28 bereitzustellen und die globale Anpassungsfinanzierung bis 2025 zu verdoppeln. Die Spitzen der Ampelkoalition müssen sicherstellen, dass die versprochenen 6 Milliarden Euro Klimafinanzierung im Haushalt 2024 fest eingeplant sind und sollten einen Aufwuchs auf 8 Milliarden Euro einleiten.

Über E3G

E3G ist ein unabhängiger Think Tank mit Büros in Berlin, Brüssel, London, Dublin und Washington. Unser Ziel ist es, die Welt vor den schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu bewahren, den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu beschleunigen und nachhaltig zu gestalten.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website: www.e3g.org/deutsch/

Urheberrecht

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 License. © E3G 2023